

# Berliner Tageblatt

525 - Ausgabe B Nr. 261  
Dr. Berlin u. Umgebung Nr. 525

und Handels-Zeitung

Verl.-Redaktion: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Frankreich und die Abrüstung zu Lande.

### Brands Bemühungen in Washington.

(Privat-Funkentelegramm des  
„Berliner Tageblatt.“)

Washington, 14. November.

Wie erst jetzt bekannt wird, hatte Brand mit dem Senator Lodge vor Beginn der Konferenz am Freitag eine Unterredung. Man schließt daraus, daß der französische Ministerpräsident nachgehende amerikanische Politiker für die französischen Wünsche auf Beibehaltung einer möglichst starken Handarmee zu gewinnen versucht.

Auf die französische Abordnung sollen die von dem Staatssekretär Hughes dargelegten Abrüstungsvorschläge einen ungünstigen Eindruck gemacht haben. Für sie kamen diese Vorschläge unverständlich vor. Ihm würde es lieber gewesen, wenn man die einzelnen Abordnungen über das Garbinger Programm vorher informiert hätte. Die Ansichten über die Haltung der Engländer und der Japaner gehen weit auseinander. Man glaubt, daß England, Japan und auch Amerika etwaigen Vorschlägen über eine Verringerung des Landheeres ihre Zustimmung geben werden, und schließt daraus, daß eine Verringerung Frankreichs auf Verringerung des Landheeres zu einem Druck zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich führen würde.

Das Garbinger Abrüstungsprogramm dürfte vor seiner Verwirklichung Gegenstand langwieriger Diskussionen werden. Der amerikanische Kongress wird aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Plänen zustimmen. Auch hat Senator Doremus am Sonntag im Kongress eine Resolution eingebracht, die den Präsidenten Garbinger ersucht, die Arbeiten der im Bau befindlichen Kriegsschiffe während der Beratungen der Konferenz ruhen zu lassen.

Washington, 13. November.

Zur gestrigen ersten Konferenzung wird noch gemeldet. Nach dem Staatssekretär Hughes seine Rede beendet hatte, wurde der Beamte des Staatsdepartements, Barrell, zum Generalsekretär der Konferenz ernannt. Nach der Rede Brandts sprach der Vertreter Japans, Tokugawa, Schanzer (Japan) erklärte, Japan habe nichts zu fordern und nichts zu fürchten. Es wolle, daß seine finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Übereinstimmung mit denen der anderen Mächte wiederhergestellt würden. Es habe keine imperialistischen Bestrebungen und sei bereit, loyal an den Vorschlägen des Präsidenten Garbinger mitzuarbeiten. Ein neuer Krieg würde eine wirtschaftliche Katastrophe sein. Die Geschichte der Vereinigten Staaten im vergangenen Jahrhundert sei ein hervorragendes Beispiel dafür, daß Konflikte durch Schiedsprüche und nicht durch Gewalt gelöst werden sollten. Der belgische Vorkämpfer der Vorschläge sagte, seine Regierung sei für die Annahme aller Vorschläge, die der Erhaltung des Friedens, nützlich und ehrenvoll seien. Der chinesische Vertreter Wellington Koo erklärte, die Stunde sei geeignet, die Probleme im Stillen Ozean zu regeln. China werde mit ganzem Herzen an der Lösung dieser Aufgabe mitarbeiten. Der niederländische Vertreter van Karneebel führte aus, Holland sei keine Militärmacht und wolle es nicht zu sein. Er erinnerte daran, daß Holland die erste große internationale Konferenz eröffnet habe. Schließlich sprach noch der Vertreter Portugals. Er sagte, das einzige Hindernis für einen schnellen Beginn der Konferenz sei der nationale Egoismus. Dieser müsse beseitigt werden.

Nach der Rede von Hughes wurde eine Abrüstungskommission gebildet aus den Führern der Abordnungen der fünf Großmächte; dazu treten als Beisitzer für die

Fragen des Stillen Ozeans je ein Abgeordneter der vier anderen Mächte.

### Der Eindruck in London.

#### Ueberraschung, doch im wesentlichen günstige Aufnahme.

(Privatmeldung)

London, 14. November.

Der amerikanische Abrüstungsvorschlag kam in London außer Ueberraschung, da man nicht damit gerechnet hatte, daß Amerika bereits am ersten Tage seine Karten auf den Tisch legen würde. Da die endgültigen Nachrichten erst am Sonnabend abend eintrafen, konnten die Mittagblätter nur vorläufige Befehle bringen. Nur der „Observer“ lobt die Rede Brandts, die mit den Worten Garbingers in Einklang läßt. Der „Daily Chronicle“ meidet, daß der Plan, den Hughes in der Konferenz bekannt gab, nach langen Beratungen des Kabinetts gefaßt worden sei. Am Sonnabend hat Präsident Garbinger sämtliche Delegierten zu Tisch geladen.

London, 14. November. (W. T. B.)

Die gesamte Presse befaßt sich mit der Abrüstungskonferenz in Washington. „Times“, die in Washington von ihrem Chefredakteur vertreten werden, melden, der Eindruck bei der britischen Delegation sei überwiegend günstig. Der amerikanische Plan müsse jedoch vollständig in allen feinen Einzelheiten und Ausführungen durchdringt werden. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ meidet, die Vorschläge der Vereinigten Staaten seien nach seiner Ansicht das Ende des Flottenwettbewerbes unter den Nationen. Der Berichtserhalter des „Daily Express“ meidet, man verheimele sich nicht, daß der schwerwiegende diplomatische Kampf wegen der Offenen Tür in China noch bevorstehe. Hier hätte England den Schlüssel der Washingtoner Konferenz in Händen. Außerdem berichtet der Korrespondent, die amerikanischen Delegierten würden den Versuch unternehmen, die Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses zu erlangen. Nepting berichtet im „Daily Telegraph“, der allgemeine Eindruck auf der Konferenz sei, daß der Plan angenommen werde. Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meidet, er sei in der Lage, die Mitteilung zu machen, daß Japan den Vorschlag Amerikas annehmen werde. Auch die britischen Delegierten stimmten dem Plan Hughes zu. Man schloß, daß die Durchführung des amerikanischen Programms für den britischen Steuerzahler eine jährliche Ersparnis von etwa 50 Millionen Pfund Sterling bedeuten würde. Die Amerikaner hoffen, daß die Frage des Fernen Ostens ebenfalls leicht geregelt werden könne wie die Frage der Abrüstungsbeschränkungen. Japanische Kreise in Washington seien jedoch wenig optimistisch in dieser Hinsicht. Die Japaner lägen die politische Lage des Fernen Ostens als das Herz des gesamten Problems an.

New-York, 13. November. (W. T. B.) (Durch Funknachricht.) Associated Press meldet aus Washington, die Verabschiedung der Friedensproklamation wird für Anfang nächster Woche erwartet. Es wird behauptet, Amerika würde bereit sein, Vordränge Deutschlands entgegenzunehmen, durch welche der Handelsvertrag von 1819 ersetzt wird. (Siehe auch Seite 4.)

### Scharfer Rückgang des Dollarkurses.

An der heutigen Börse gab der Dollar, der am Sonnabend mit circa 282 aufwärts notiert worden war, im freien Verkehr zunächst auf 270, dann auf 257 Mark nach. Die Spekulation, der sich eine außerordentliche Nervosität bemächtigt hatte, operierte mit Gerüchten, nach denen die Reparationskommission auf Grund der von ihr vorgenommenen Prüfungen, einer zeitweiligen Stundung oder Milderung der Reparationsverpflichtungen nicht abgeneigt sein

wird. Während die postalfischen Geschäften vom Reichstag festgesetzt werden, bestimmt die Eisenbahnverwaltung ihre Tarife selbst. Aber der Reichstag wird doch endlich einmal ganz genau prüfen müssen, ob der Eisenbahnverwaltung nicht noch etwas anderes einfallen könnte, als das ewige Spiel nach dem fünfzig Prozent. Im Verkehrsausschuß des Reichswirtschaftsrates hat man sich neulich mit den Arbeitsverhältnissen bei den Eisenbahnen befaßt. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat nach den Erklärungen des Ministeriums eine Vermehrung des Personals um beinahe ein Drittel nötig gemacht. Es scheint aber bei diesem Drittel nicht geblieben zu sein. Nicht nur die Industrieverbände finden eine etwas mehr kaufmännische Regelung dringend wünschenswert, aber die Löhne sind nicht alles, und eine Erhöhung würde auch feststellen, wie hoch man Lokomotiven, Waggons und anderes Material beschafft. Sie müßte sorgfältig kontrolliert, wie die Aufträge vergeben werden, müßte bis zur letzten Schraube nachrechnen und Klarheit darüber schaffen, ob man nicht billiger einkaufen kann. Nur nach einer gründlichen Untersuchung der ganzen Eisenbahnwirtschaft wird man die Frage entscheiden können: der Staat allein oder der Staat gemeinsam mit der Privatindustrie? Wenn der Staat die Kraft allein kurieren kann, desto besser, aber dann ist auch nötig, daß er sie kurieren. In keinem Falle aber darf die Beteiligung der Industrie so stark sein, daß dem Staate Macht und Kontrolle entgehen. Das Organisationsamt der Industrie kann man sich gefallen lassen, aber nicht ihr Herrschaftswort. Die Macht der Eisenbahnwirtschaft, die schon in Amerika ein schweres politisches Hebel ist, wäre verhängnisvoll in Deutschland, wo sich alles im engen Raume begibt. Sie wäre hundertfach verhängnisvoller, weil die Großunternehmer nicht, wie in Amerika, mit dem Staate harmonisiert, sondern, gewiß nur mit wenigen Ausnahmen, seine Gegner

Goldfischen flog der Vogel Phönix über die Ruinen hin. Wirtschaftliche Lächerlichkeit und die Gunst der Umstände kamen zusammen. Indem man die Rechtspartei, mitunter sogar, zur Milderung, die unsaubere Opposition der Masse näherte, und Festungen aufbaute, schuf man sich einen Wall. „Antinational“ schuldig an der Katastrophe waren die Warner gewesen, aber die ehemaligen Industriemänner, die zu Industriemärgeln geworden sind, und all ihre Freunde und Weggenossen hatten immer richtig gesehen und immer nur den Vorteil der Allgemeinheit vor Augen gehabt. Sie, die Reichen, verachten den Staat, der durch ihre Politik und die Politik ihrer Freunde arm geworden ist. Oder würden wir für den Dollar heute zweihundertundeinzig Mark bezahlen müssen, wenn sie nicht die Ironie der Geschichte hätten, Amerika könne keine Schiffe bauen und keine Armees, die nicht fliegen und nicht schwimmen“ könne, sei ein lächerliches Nichts?

Inzwischen, sie wollen dem kranken Staate helfen, und da ihre Hilfsbereitschaft sich zunächst gedehnt in Forderungen ausbreitet, so fordern sie für sich die Eisenbahn. Man muß ihnen, aus allen nicht mit ihnen verbündeten Parteien heraus, sehr scharf geantwortet, und es ist ja auch klar, daß sich ein menschenwürdiger Vorkampf, wenn er von ihnen kommt, nur das allerletzte Mittel erregen kann. Daß in dessen die Finanzwirtschaft des Reichsvertehrministeriums nicht nach dem bisherigen Schema weiter gehen kann, steht für jeden Unbefangenen fest. Eben hat man uns angeführt, man werde die Tarife abwärts um fünf Prozent erhöhen. Natürlich wird als Grund die Erigerung der Löhne und Gehälter angeführt. Aber wenn Personalarbeit und Warentransporte um fünfzig Prozent teurer werden, müssen die Preise aller zum Leben notwendigen Dinge wiederum steigen, und die Löhne müssen folgen, wodurch dann, in endlosem Kreislauf, eine neue Tarifserhöhung unermesslich werden

W. Im französischen Senat hat neulich eine Debatte über die wirtschaftliche Lage Frankreichs stattgefunden und der Redner, Herr Debrun, hat dabei bittere Klagen über die Verhältnisse in dem wiedergewonnenen Lothringen gebracht. Man habe, sagte er, eine gewaltige Industrie umden und sich den schönsten Träumen hingeben können, man könne vor einem betrübenden Resultat. Man könne hoffen, fünfzehn Millionen Tonnen Erz zu liefern, also für mehr als eine Milliarde Francs. Aber fünf Millionen Tonnen Eisen, fünfzig Millionen Tonnen Stahl, fünfzig Millionen Tonnen Eisenblech, fünfzig Millionen Tonnen Eisenbahnmaterialien seien heruntergegangen. Im Jahre 1913 waren hundertunvierzig Hochöfen in Tätigkeit. Im letzten Mai wurden einunddreißig geschlossen. Herr Debrun meinte, an diesem unendlichen Gebirge der Hochöfen und der Hoffnungen sei die Zeit der Aufregung, der Ebnung und der Transpiration zu sprechen, wo seit dem Untergang, vom Zusammenbruch und der Einführung der Französischen Unterwerfung gleichfalls foriert. Die Wahrheit ist, daß die ökonomische Großindustrie zwar eine imperialistische Politik, aber nicht die deutschen Werke zu betreiben verstanden zu haben und auf ein unheilvolles, von dem Staat von dem Vorkriegsstand zurückzuführen, sich einstellen. — So würde es dort, trotz der wirtschaftlichen, genau ebenso gehen. Es ist die alte Geschichte im Auge, die größer als der Magen sind. Im Vaterdes tiefen freiesse Gargantua entwickelt das stielte Unternehmertum einen Appetit, dem die Leistungsfähigkeit der inneren Ökonomie keineswegs entspricht.

Die deutsche Geschichte hat mit dem Heiligtum des Kabinetts der Verdinglichen auch keine Verbindung. Niemand kann betreiben, daß sie alles, was sie in und nimmt, nicht nur selbst, sondern auch fruchtbar. Indem sie durch ihre geschäftliche Intelligenz und ihre sich selbst bereicherte, hat sie, gemeinsam mit den Anhängern, den Reichtum und die Wirtschaftsmacht des Landes vermehrt. Man hat sich, oder doch ihre Gruppe, durch ihren Mangel an politischer Intelligenz, durch einen brutalen Egoismus und durch einen, der ihr wie den meisten Emporkömmlingen, ein überhöbertliches Gefühl für die Schädigung, die die Nation und die Niederlage des Deutschen Reiches getan. Bald nach dem Zusammenbruch kam mit vielen anderen Schlägen die Not der Not, die den meisten Deutschen, die sich nicht auf die höchsten Stufen der Intelligenz und die Würden im Ausland von der Diplomatie im Stillen, und die Reichsleitung habe die Pflicht, ihnen bei der Lösung ihrer Ansprüche und Forderungen beizustehen. Das in dieser Lage nicht war, wurde sehr bald durch wirtschaftliche Notwendigkeiten ins Unheilvolle hineingeführt. Die ersten Pläne, die ihren Geist durch die öffentliche Meinung zu erreichen suchten, waren parlamentarisch vorparlamentarisch und Treibjahren auf genügend dienwillige Regierung veranfaßten. Die Brüder Mannesmann. „Ich wurde“, erzählt der alte Staatssekretär Freiherr v. Schoen aus jenen Tagen, nur mit Schreien und Steinen bedroht, sondern auch die höchsten Stellen des Reiches, die in einem Maße, das die Grenzen hinausging, die werden über die Grenzen hinweg kämpfen einjuramenten pflegt. Das war nur ein neuer Anfang, die Mannesmanns waren nur behende Arbeiter, und bald pflanzten noch ganz andere Ferdinand auf der eroberten Position ihre Standarte auf. Man mußte die Kämpfer, wie man heute die Deutschfeinde in Libyen nennt, in die Verbände der Mannesmanns, denen die Aufgabe, eine der Flottenbauern unter Verdrängung mit England zu verbinden, übergeben werden. Den nationalen Schild hielt vor den Feindfronten damals vor allem die nationalliberale die sich oben auf Bismarck berief. Auf Bismarck, der der Außenpolitikminister Freiherr v. Bülow, aufgeschieden hat, im August 1899 in einer Kabinetsrede erklärte, wenn die Nationalliberalen in der Röhre werden sonst wohlgeleiteten Zeitungen ihn angreifen, so das gleichgültig, er werde aber sie auch nicht schonen.“ — Verhältnis zu England ihm wichtiger wie Herr v. S. — Dann kam der Krieg und damit erst die wahre Krisenperiode der Germanen drehenden, Pulver labrijen-Geschäfte gesehenden Industrie. Schon im Frühjahr wurde die amerikanische Regierung, die in den Vereinigten Staaten Professoren für Unterzeichnung solcher Wünsche zugestimmt, wurden die reichen Grubengebiete Nordamerikas und Belgiens „unentbehrlich für die nationale Sicherheit“ genannt. Herr v. Bethmann Hollweg hat im Bande seiner Betrachtungen gezeigt, wie völlig sie schon damals die militärische Lage verstanden und die Kabinetsrede auf dem Wege zum gegenwärtigen Kabinetschef. Er hat auch noch einmal gezeigt, wie viele Begeisterung jede vernünftige Stimme unter- und in der Tat wurde jeder, der ein Wort gegen die Schwereindustrie zu schreiben wagte, sofort erobert und Zerkünder verlor. Schwereindustriellen verstanden die Verdrängung beglückter Arbeiter und vielerlei anders, was den das gegenwärtige „Akte und der feindlichen Propaganda nicht war, sondern die von der Schwereindustrie kommandiert wurden, den unbeschränkten U-Boot-Krieg, zur See der merica, bezwarren selbst nach der Oberhoheit des Reiches nach im preussischen Abwehrkampf die Wahlform, machten den militärischen Zusammenbruch und das durchzuführen das Ziel nach innerer - „Akte die Mannesmanns das Reich herauf, die Mannesmanns die Mannesmanns im Bande gemaren, unterseht. Durch alle Kanäle war der Schlag an getroffen, und seine Revolution konnte etwas daran daß der Schlag weiter zu ihnen flog. Mit all seinen